Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 57. VII. BAND 20. April 1917.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin-Charlottenburg. Schlüterstr. 28.

Nr. 57. 20. April 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Das selbständige Polen als Nationalitätenstaat.

Unter obigem Titel veröffentlicht der bekannte Reichstagsabgeordnete, Georg Gothein, bei der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart ein sehr beachtenswertes Büchlein. Hier das Wesentliche: Da weder eine Teilung Polens, noch seine Angliederung an Oesterreich, noch an Deutschland erwünscht und geeignet sein würde, gesunde Entwicklungsmöglichkeiten in den von Russland abgetrennten Gebieten zu schaffen, bleibt nur übrig, sie zu mehreren Staatswesen, am besten zu einem grossen Staatswesen zu machen. Letzteres empfiehlt sich schon dadurch, dass sowohl Kurland, wie auch Litauen, ja selbst Polen allein zu wenig umfangreich sind, um jedes für sich vorteilhaft ein eigenes Zollgebiet zu bilden, dass es weiter unerlässlich erscheint, die Kräfte all dieser Länder zur gemeinsamen Verteidigung organisch zusammenzufassen und ihnen eine einheitliche Grösse gegen Russland zu geben.

Wir müssen uns versagen, auf die Einzelheiten dieses Planes, der während des Krieges schon hie und da aufgetaucht, aber nie so eingehend wie von Gothein behandelt worden ist, hier einzugehen. Als Unterlage desselben dient die Tatsache, dass in diesem, zwischen Deutschland und Russland liegenden Länderkomplex so viele Nationalitäten, Volkssplitter leben und auf solch verschiedenen Kulturstufen, dass sie als Einzelglieder keine staatliche Selbständigkeit erlangen können und nur zusammengeschlossen, in Anlehnung an Deutschland, das sie beschützen aber nicht assimilieren will, einer höheren Entwicklung entgegengehen können. Selbst

Kongresspolen ist keineswegs ein einheitlich nationales Gebiet; nach der russischen Volkszählung machten darin die Polen nur 71,86%, nach unseren Quellen 76% aus. Insgesamt würden die Polen in sämtlichen vorgenannten, abzutrennenden Ländern, also in Polen, Litauen, Kurland, Weissruthenien 50,55% ausmachen; den polnischen Quellen nach 5 bis 8% mehr. Sie bilden daher den stärksten Volksstamm, die absolute Mehrheit, wonach ihnen nach Gothein wohl die politische Führung, indessen, wenn sich gesunde Zustände entwickeln sollen, nicht die Herrschaft über die anderen Volksstämme zukommt.

Das neue Staatswesen müsste daher die schwierige Aufgabe, alle in seinen Grenzen wohnenden Nationalitäten in der Pflege ihrer nationalen Kulturgüter zu fördern, übernehmen; jeder die Möglichkeit zur freien Entfaltung ihrer Eigenart und zur Mitarbeit an allen öffentlichen Angelegenheiten zu gewähren. Abgeordneter Gothein stellt sich die Ausgestaltung der Zustände folgendermassen dar:

Es wäre notwendig, von vornherein die Rechte der Nationalitäten in der Verfassung so festzulegen, dass daran nicht gerüttelt werden kann, und zwar durch Schaffung einer Organisation der einzelnen Nationalitäten, die ihre Rechte wahrnimmt und die die Fähigkeiten besitzt, die nationalen Kulturgüter zu pflegen und zu fördern. Diese Organisation würde aus Nationsgemeinschaften auf Grund der nationalen Kataster bestehen. Jeder Nationsgemeinschaft unterstehen sämtliche Schulen und Kulturanstalten; die Unterrichtsprache der Schule ist die Sprache der Nationsgemeinschaft. Aus verschiedenen Gründen müsste in sämtlichen Schulen die polnische Reichssprache eingeführt werden, sie wäre auch die Staatssprache für den inneren Verkehr aller Reichsbehörden.

Es würde sonst der Staat in verschiedene historisch-politische Individualitäten zerfallen, er würde nach Gothein demnach umfassen: das polnische Verwaltungsge-

biet ca. 11,93 (? Die Redaktion) Millionen Einwohner. das litauische 3,06 Millionen, das weissruthenische 1,05 Millionen, Kurland 0,675 Millionen und das ruthenische Gebiet 0,55 Millionen Einwohner. Die staatlichen Aufgaben würden so zu verteilen sein, dass der Gesamtstaat all die Aufgaben von Gesetzgebung und Verwaltung zugewiesen erhielte, die in Deutschland dem Reich zustehen, und noch manches mehr. Die innere Verkehrssprache der Behörden und die Verhandlungssprache der Volksvertretungen würde die überwiegende Landessprache sein; im Verkehr mit dem Publikum müsste natürlich jede landesübliche Sprache angewendet werden. Damit jeder Nationalität die Pflege ihrer Kulturgüter und sonstiger Interessen belassen würde, müsste das ganze öffentliche Leben auf ein System der nationalen Wahlmatrikeln, in Verbindung mit der Verhältniswahl beruhen. Die ganze Konstruktion würde einen polnisch-litauisch-kurischen Staatenbund ausmachen.

Wir müssen auf Besprechung von Einzelheiten verzichten, da wir nicht wissen, ob das Leben nicht den Gothein'schen Plan in die Reihe der Zukunftsromane rücken wird. Nicht als ob wir von polnischem Standpunkt aus diesen Plan für imaginäre Dichtung halten. Aehnliche Gedanken sind schon verschiedenen polnischen Denkern durch den Kopf gegangen. Ist doch Polen durch seine Geschichte zur Verwirklichung einer Nationalitätenföderation prädestiniert. Der lichtvollste Augenblick der polnischen Vergangenheit ist der vom Jahre 1469, als in Lublin die polnisch-litauische Union auf Grund der Losung „Freie mit Freien, Gleiche mit Gleichen" geschlossen wurde. Auch die Deutschen aus Westpreussen hatten sich ja bekanntlich der polnischen Republik freiwillig angeschlossen, den Ruthenen wurde das Förderativverhältnis während des Friedens in Hadziacz angeboten und die Juden besassen hier eine Nationalautonomie, wie nirgends unter den Nationen. Kenner unserer Verhältnisse werden bezeugen, dass wir jahrelang vor dem Kriege für den Völkerbund auf Pa-

ritätsgrundlagen, freilich ohne Kurland zu berücksichtigen, Propaganda gemacht haben. Das Verständnis für diese Idee war ausserhalb Polen gering, der Krieg hat die Gegensätze auf die Spitze des Messers getrieben, jedes Volk trachtete das andere zu übervorteilen und vom Sieger möglichst viel zu erlangen, der Sieger dagegen war eine Sphinx. Jetzt entsteht plötzlich eine neue politische Lage: das Prinzip des Staatenbundes, der Nationalitätenföderationen, wird von der russischen Republik aufgestellt. Da müssen wir zweierlei sagen:

1. Dies Prinzip ist polnisch und nicht russisch. Wir wollen die Zukunftsabsichten der guten Menschen Russlands nicht verdächtigen, aber in der ganzen tausendjährigen Vergangenheit ihres Volkes findet sich keine Spur einer auf Freiheit und Föderation aufgebauten Völkergemeinschaft. Polen hat sie geschaffen und erlebt, polnische Dichter, polnische Denker, die grosse Emigration, die polnische Demokratie haben diese Idee fortentwickelt, und hätte zwischen den Polen und ihren Nachbarvölkern das Russentum nicht Zwiespalt und Gift gesät, so wären wir jetzt auf dem besten Weg zur Verwirklichung dieser grossen Idee.

2. Trotz der geänderten Lage betrachten wir das von Gothein formulierte Neuordnungssystem — wenn auch nicht vollinhaltlich — nicht als verspätet. Es gilt noch zu retten, was zu retten ist, bevor die Russen die Sehnsucht mancher Völker nach Freiheit als Dampf für die grossrussische Staatsmaschine ausnutzen. So versprechen schon Miljukow und Genossen den Litauern eine Staatsform, und manche Weissruthenen, orthodoxen Glaubens, als den Russen nahe verwandt, senden ihr Angebot nach Petersburg, obwohl die Mehrheit der echten Weissruthenen katholisch ist, im deutschen Okkupationsgebiete lebt, zum Polentum gravitiert. Die Polen würden die Entscheidung über das staatliche Zusammenleben der letzteren ruhig einer Volksabstimmung überlassen, was einerseits die weissruthenisch-polnische Zukunft sichern, andererseits die gegenwärtigen Friedensstim-

mungen nicht gefährden würde. Und das muss ası Axiom gelten: solche Völkergemeinschaft, von Russland losgetrennt, von Russland bedroht, müsse auf unabsehbare Zeit sich an Deutschland anlehnen.

Wir betrachten daher die Eröterung der von Gothein aufgeworfenen Frage, bei allen notwendigen Modifikationen, für sehr zeitgemäss, ja für dringend.

Der polnische Staatsrat an die russische Regierung.

Warschau, 12. April. Der provisorische Staatsrat hat in seiner letzten Plenarsitzung am 6. April nach Prüfung des Aufrufes der russischen Regierung an die Polen folgende Erklärung einstimmig angenommen:

Der europäische Krieg hat die polnische Frage als grosses Problem der internationalen Politik auf den Weltplan gerückt. Unsere Nation fühlte, dass ihre jahrhundertelangen Bestrebungen in Erfüllung gehen könnten, und die opferwillige Teilnahme der sich freiwillig und selbstlos zum Kampfe um die Unabhängigkeit Polens stellenden Legionen war dieser Bestrebungen lebendiger Ausdruck. Die polnische Frage konnte nur durch Schaffung eines polnischen Reiches gelöst werden, diese geschichtliche Notwendigkeit erkannten zuerst die Regierungen der Mittelmächte. Ihr Akt vom 5. November rief den unabhängigen polnischen Staat ins Leben, wenn er auch seine Landesgrenzen noch nicht bezeichnete. Nunmehr erkennt auch die provisorische russische Regierung die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes an und stellt auf diese Weise fest, dass die Wiedererstehung Polens eine unabweisbare geschichtliche Notwendigkeit ist.

Die neue russische Regierung bietet jedoch den Polen Länder an, welche ihrer Herrschaft nicht unterstehen, überträgt die Festlegung von Grenzen für den

polnischen Staat der russischen Konstituante und sieht überdies von vornherein eine militärische Vereinigung der beiden Mächte vor. Jede uns aufgezwungene Verbindung beschränkt das Wesen der Unabhängigkeit und widerspricht der Ehre einer freien Nation. Wir müssen uns überhaupt gegen jede Bedingung verwahren, die unseren nationalen freien Willen fesselt.

Der provisorische Staatsrat, als einziges polnisches Staatsorgan, begrüsst mit Genugtuung den Strahl der Freiheit in dem Dunkel der Knechtschaft, in welcher die Völker des russischen Reiches gelebt haben; mit Befriedigung stellt er auch die Tatsache fest, dass die neue russische Regierung die Unabhängigkeit Polens anerkennt. Gleichzeitig betont er aber, dass der jahrhundertelange polnisch-russische Streit um die ausgedehnten, ethnographisch zwischen Polen und Russland liegenden, in alter Schicksalsbeziehung zu Polen stehenden Länder durch die Kundgebung der russischen Regierung nicht entschieden ist.

Die Erledigung dieses Streites können wir nicht der einseitigen Entscheidung der russischen Konstituante überlassen, das Schicksal dieser Länder muss im Sinne der staatlichen Interessen des unabhängigen Polens und unter Berücksichtigung des Willens der sie bewohnenden Völker entschieden werden.-

Der provisorische Staatsrat sieht seine Ziele klar vor sich: Die konstitutionelle Monarchie, eine starke Regierung und ein zahlreiches Heer, das sind die Aufgaben, die wir lösen werden. Besonders die Bildung einer eigenen Wehrmacht als wirksame Bürgschaft für eine unabhängige staatliche Existenz ist die Pflicht, von deren Erfüllung uns nichts abzuhalten vermag.

Mit dem russischen Reiche wünschen wir freundnachbarliche Beziehungen zu pflegen, doch müssen wir uns gegen die Zumutung verwahren, Krieg gegen die Mittelmächte zu führen, deren Monarchen unsere Unabhängigkeit verbürgt haben. Nicht einen längeren Krieg, sondern den Frieden ersehnen die blutenden Völker

Europas. Der durch den Akt vom 5. November verkündete und nunmehr durch die Regierung des neuauflebenden Russlands anerkannte unabhängige polnische Staat soll die Grundlage bilden für den Beginn der Friedensverhandlungen und die Festigung normaler Lebensbedingungen in Europa.

Dr. Friedrich Naumann: Deutsche und Polen.

(Fortsetzung.)

Die Frage, wer am Kriege eigentlich schuld ist, kann natürlich in Polen nicht besser beurteilt werden als bei uns, aber wir vergessen nicht, dass alle diese Polen den Kriegsanfang auf russisch erlebt haben. Sie haben ihre Nachrichten damals aus Petersburg bezogen. Das lässt sich nachträglich mit deutschen Zeitungen nicht mehr aus der Welt schaffen. Man wagt vielleicht heute kein Urteil mehr, aber gewisse Reste vom August 1914 sind selbstverständlich noch vorhanden. Die erste Schicht polnischer Söhne nahm Abschied, um ins russische Heer zu gehen. Viele von ihnen sind heute noch dort. Ein Teil des Herzens bleibt bei diesen Söhnen.

Ob der Pole den Russen je geliebt hat, mag ebenso zweifelhaft sein wie, ob er den Deutschen liebte, aber Russland war für ihn mit allen seinen Schwächen, Härten und Weiten eine alte Gewohnheit. Er verkaufte in der Hauptsache nach Russland, besass zwar französisches Zivilrecht, aber russisches Strafrecht, dachte in russischen Geldwerten, war eingeübt auf die Behandlung der russischen Bureaukratie. Dabei verdiente er gerade in den ersten Kriegsmonaten ungeheuer viel russisches Geld. In Warschau wird mir erzählt, wie die russischen Offiziere hier bis August 1915 den Rubel haben tanzen lassen. Es war noch mitten im Kriege ein beständiger Rausch. Dann aber erschien der Deut-

sche und blieb sparsam, besah jedes Geldstück, ehe er es ausgab, liess Preise von der Militärverwaltung machen, ordnete hundert Dinge mit Vorschriften, besserte das Wasser, den Strassenverkehr, die Hygiene, säuberte den Strassenhandel, machte Warschau nüchtern, alltäglich und trocken. Von da an begann die Phantasie die vergangenen Tage zu verklären.

Der Russe entschwand den Blicken, und der Deutsche blieb da. Von da an erschien er als die Verkörperung des Krieges. Alle Friedenssehnsucht fasste sich in die Worte zusammen: Wenn sie uns nur allein lassen wollten! Dass das ein unmöglicher Wunsch war, begriff zwar der Verstand, aber der Verstand ist immer nur ein Teil des Menschen. Das Unterbewusstsein wurde antideutsch, wenn es nicht schon vorher dieselbe Richtung gehabt hatte. Selbst bei Männern und Frauen deutschen Ursprungs stellten sich derartige Verschiebungen ein.

* * *

Die Deutschen konnten überhaupt nicht als milde Wohltäter auftreten, denn sie kamen von der blutigen Strasse des Krieges und mussten zuerst ihr eigenes Leben mit Zwang versorgen. Polen wurde Okkupationsgebiet. Was das heisst, ist dem heutigen Menschengeschlecht erst durch die Praxis des Weltkrieges deutlich geworden, denn seit dem Dreissigjährigen Kriege haben die besetzten Länder nicht so viel hergeben müssen wie jetzt. Der englische Abschliessungskrieg hat unsere Heeresverwaltungen gezwungen, die Privatwirtschaft sowohl des eigenen Landes wie besonders auch der okkupierten Gebiete unter den Druck von Lieferungsvorschriften zu setzen, den vorher wohl niemand erwartet hat. Das war und ist keine Willkür, aber es wirkt trotzdem wie eine Härte. Das liegt in der Massenhaftigkeit der Heere und ihrer täglichen gewaltigen Bedürfnisse. Sicherlich ist die deutsche Art des Eintreibens der notwendigen Vorräte eine bessere und gerechtere als etwa die Methode der Russen in den

von ihnen besetzten Teilen Galiziens, aber gerade das Methodische und Ausgedachte des deutschen Verfahrens erscheint einem Volke unheimlich, das dieselbe Sache ohne Zweifel nicht milder, aber weniger systematisch betreiben würde, wenn es in dieselbe Lage käme. Es ist so etwas Ernsthaftes und Unentrinnbares in der deutschen Okkupation!

Bei mir ist eine Frau, welche klagt, dass sie bei der behördlich vorgeschriebenen Bestandsaufnahme falsche Angaben gemacht hat und nun darunter schwer zu leiden hat. Der Fall ist ganz klar. Sie aber sagt: „Und ich war doch nur eine Frau!“ Sie hat nicht geglaubt, dass es keine Umwege gibt. Wie viel Aehnliches mag vorgekommen sein!

Ob es später nicht doch gelegentlich Umwege gegeben hat, mag unerörtert bleiben. Es ist schwierig, das deutsche System bei einer Bevölkerung aufrechtzuerhalten, die seit langen Jahren gewöhnt ist, dass jedes Haus zwei Türen hat. Unsere Verwaltung ist streng bemüht, unsere deutsche heimische Art im Kriege durchzuführen, und kann es dabei gar nicht vermeiden, sehr viele menschlich begreifliche Wünsche rundweg abzulehnen.

* * *

Die deutsche Okkupationsverwaltung fand eine höchst interessante und seltene Aufgabe vor, denn die russische Verwaltung war abgezogen, und eine eigene polnische Verwaltung war nicht vorhanden. Zwar machten nach Besetzung von Warschau die Polen sofort einen Versuch, Justiz und Schule von sich aus zu leiten, aber einesteils waren, wie mir gesagt wird, die Kräfte unzureichend, und dann war damals die Idee der polnischen Selbstverwaltung kaum von deutscher Seite anerkannt, denn der Wille der Aufrichtung des polnischen Staates erwuchs erst später. Es ist auch in der Tat schwer möglich, einzelne Teile der öffentlichen Verwaltung aus dem Gesamtplan der Finanzen und politischen Oberleitung herauszulösen. Die deutsche Ver-

waltung fing mit Hingabe und Treue an, eine provisorische Regierung ins Werk zu setzen. Dabei hatte sie einen Beamtenkörper von buntester Zusammensetzung, voll von Talenten aus allerlei heimischen Berufen, aber ohne eigentliche gemeinsame Amtsgewohnheit. Ich habe wiederholt an der Mittagstafel sitzen dürfen, an der sich unter Leitung des Verwaltungschefs Dr. v. Kries die Warschauer Zentralverwaltung sammelte. Hier ist offenbar eine Fülle guten, intelligenten Willens vorhanden, eine ganze Reihe von Männern, die gar nicht anders können, als die Arbeit ehrlich und gründlich zu tun, zu der sie berufen sind. Diese Verwaltungsgemeinschaft hat ein inneres Recht, ein gutes Gewissen zu besitzen, und ich wünschte nur, man könnte es den Polen im allgemeinen zum Bewusstsein bringen, welche Kräfte sich hier zur Verfügung stellen. Einzelne Polen ahnen etwas von der hier schaffenden Kraft, viele aber sehen offenbar nur die Aussenseite; es wird viel geschrieben und verordnet, was bei aller sachlichen Tüchtigkeit Fremdsprache bleibt. Ich persönlich zweifle garnicht, dass in späterer Zeit viele Anfänge guter Entwicklungen in Polen auf die deutsche Kriegsverwaltung zurückdatiert werden, zunächst aber ist das Neue noch nicht allgemein anerkannt und es wird wohl notgedrungen auch experimentiert. Von polnischer Seite sind mir allerlei Verordnungen vorgelesen worden, die sich gegenseitig aufzuheben scheinen. Ich habe geantwortet, dass das im Kriege bei uns zu Hause nicht anders ist, weil der Krieg selbst eine täglich neue Ueberraschung ist. Wir lernen ihn kennen, indem wir ihn erleben. Auch kann man jetzt nicht so viel untersuchen und parlamentieren wie im Frieden. Oefters habe ich an die napoleonischen Verwaltungen denken müssen, die es zwischen 1806 und 1813 in Deutschland gegeben hat. Auch von ihnen ist besonders in Mittel- und Westdeutschland vielerlei Nützliches übrig geblieben, und doch konnten sie beim besten Willen dem Volke das nicht werden, was selbst eine weniger gute eigene Verwaltung ist.

* * *

Generalgouverneur Dr. v. Beseler ist der Hauptträger des Gedankens, aus einer Okkupation eine Bundesgenossenschaft zu machen. Er kam als Soldat und wurde zeitweiliger Landesvater. Das zufallsreiche Kriegsgeschick brachte ihn an eine der wichtigsten und schwierigsten Stellen Europas, und sowohl Deutsche wie Polen sind einmütig der Meinung, dass er für diese Aufgabe die erforderlichen zahlreichen Eigenschaften in bewundernswert hohem Grade besitzt. Das will nicht besagen, dass man nicht in beiden Lagern auch am Werke des Generalgouverneurs Kritik hören könne, aber wer wie ich in der Lage war, das Geflüster beider Seiten zu hören, kann befriedigt feststellen, dass die Vorwürfe sich gegenseitig aufzuheben pflegen. Wenn die Polen sagen, er lasse der deutschen Härte einen viel zu unerträglichen Spielraum, wird beim deutschen Abendgespräch ausgeführt, er sei ein vortrefflicher Mann, aber viel zu weich, um diesem Volke zu imponieren, das eine napoleonische Hand brauche. Bei dieser letzteren Rede mache ich übrigens die private Nebenbemerkung, dass Napoleon in Wirklichkeit weit biegsamer und gelenkiger war als diejenigen meinen, die ihn nur ganz aus der Ferne als Schlachtengott kennen. Auch Bismarck konnte sich mehr in fremder Menschen Geist und Art versenken, als ihm die zutrauen, die nur die Monumentalstatue vor sich sehen und täglich von Blut und Eisen reden. Erst die weitere Geschichte wird über das Werk v. Beselers urteilen. Vorläufig ist er ein Schaffender, den noch Kritik und Wagnis umgeben. Vom kleinen, netten Schlosse Belvedere aus blickt er philosophisch und gestaltend auf das Land an der Weichsel, und lässt die Fülle der Probleme an sich vorüberziehen.

Wenn ein souveräner König in Art Friedrichs II. diese polnische Aufgabe zu übernehmen hätte, so würde sie in ihrem eigenen sachlichen Inhalt nicht kleiner sein, als sie es von Natur ist, aber der König würde wenigstens als politischer Künster sein eigener Herr sein. Das kann Beseler nicht. Er ist umstrickt von

derVerwickeltheit des deutsch-österreichisch-ungarischen Verhältnisses, aber schon die deutsche Reichsverfassung allein erleichtert so hochpolitische Aussentätigkeiten durchaus nicht. Polen liegt zu nahe an Preussen, um wie eine Kolonie für sich allein behandelt zu werden. Dazu tritt das Heer von Kompetenzfragen, von denen jede Kriegsregierung wimmelt. Es ist wohl möglich, dass Beseler sagt, ein Heer zu führen sei leichter als unter solchen Bedingungen zu regieren. Da er aber den Glauben an seine grosse historische Aufgabe hat und weiss, dass die Vorsehung ihn an diesen verantwortungsreichen Platz gestellt hat, wird er den Zweifeln und Reibungen ruhigen, fröhlichen Trotz entgegensetzen und abwarten, ob nicht der Gang der Dinge von selber ihm hundertfach zuhilfe kommt, denn Schaffen heisst nichts anderes als dem zu dienen, was von selber emportauchen will.

* * *

Ob die Beselersche Idee eine historische Idee in diesem Sinne ist?

Wir haben schon vorhin gesagt, das vom deutschen nationalen Gesichtspunkt aus die Aufrichtung eines lebensfähigen polnischen Staates, gegenüber Russland eine politische Notwendigkeit (ein Postulat) ist, ein Ziel, das wir aus deutschen Machtgründen wünschen müssen. Damit ist ohne weiteres die vaterlandische Rechtfertigung des Beselerschen Zieles ausgesprochen, aber noch nichts Endgültiges über das Gelingen des Versuches festgestellt. Es gibt nicht wenige Deutsche hier, die zu mir etwa sagen: Es würde vortrefflich sein, wenn das Ziel erreicht würde, aber wir zeifeln daran, denn der Pole will nicht! Er wird nicht auf Gründe hören und wird gegensätzlich bleiben! Es ist eine historische Unmöglichkeit, Deutsche und Polen zusammenzubinden!

Für diese zweifelnde Beurteilung wird folgendes angeführt: Wir sind den Polen weit entgegengekommen und haben ihre Wünsche schrittweise erfüllt. Erst verlangten sie, dass wir ihnen überhaupt nur sagen soll-

ten, welche Absichten wir mit ihnen hätten Das ist durch die Zweikaiserproklamation im vollsten Sinne geschehen. Hat es genützt? Dann hiess es: Wir wollen die Legion in Warschau haben. Inzwischen ist Brigadier Pilsudski hier erschienen, der volkstümliche Soldat ist da. Hat es etwas geholfen? So wird es weitergehen: wir bieten ihnen ein Stück nach dem andern, und ihre Unzufriedenheit wächst nur mit dem Entgegenkommen. Man sollte sie, so heisst es, ruhig wieder zu Russen werden lassen, dann haben sie, was sie wollen!

Die Polen aber sagen: Was habt ihr uns denn eigentlich bis jetzt gegeben? Eine Proklamation, die ein Versprechen enthält, das an hundert Vorbedingungen geknüpft ist, einen Staatsrat, der eine gutachtliche Behörde ist und nichts in der Welt darstellt, eine Aufforderung, in die deutsche und österreichische Armee einzutreten, aber keinen Anfang des polnischen Heeres! Das alles habt ihr umkränzt mit fortdauernden Requisitionen und Zwangsverkäufen, die nicht den Anschein erwecken, als sei euch an unserer weiteren Lebensfähigkeit gelegen! Wie sollen wir glauben?

So klingt es von beiden Seiten, und ganz alte welterfahrene Beurteiler schütteln den Kopf und sagen: Beseler ist ein sehr edler Mann, aber er hat etwas in die Hände genommen, das gar nicht wachsen kann und will, etwas Unhistorisches.

Ich habe in fast zwei Wochen genug dieser Art gehört und verschliesse mich dem Eindruck solcher Gegenwartsstimmungen keineswegs, halte sie aber für sehr zeitgeschichtlich bedingt und sehe in ihnen nicht der Weisheit letzten Schluss. Es ist sehon vieles möglich geworden, was vorher wie ein Wahn aussah. Nur muss man mit längeren Fristen rechnen und darf auf das, was man Stimmung nennt, kein allzugrosses Gewicht legen. Die gemeinsame Zukunft von Polen und Deutschen auf Stimmung aufbauen zu wollen, ist Unsinn. Das ist ein Bau auf wehendem Sande. Alle Stimmungen aber werden nicht auf die Dauer die tatsächlichen

Interessen verdecken können. Ich persönlich glaube, dass die tatsächlichen gemeinsamen Interessen vorhanden sind, und werde im nachfolgenden an verschiedenen Stellen auf sie hinweisen. Mit anderen Worten: der Pole, der seine nationale Entwicklung richtig versteht muss sie mit der deutschen und mitteleuropäischen Entwicklung verbinden wollen.

(Schluss folgt.)

Die Uebergabe der polnischen Legionen.

(Des „polnischen Hilfskorps".)

Im grossen Sitzungssaale des Warschauer Stadtschlosses wurde am 10. d. M. vormittag um 11 Uhr in Anwesenheit des deutschen Generalgouverneurs v. Beseler und des österreich-ungarischen Generalgouverneurs Feldzeugmeisters Kuk, dem Provisorischen Staatsrat die Mitteilung gemacht, dass das polnische Hilfskorps dem Generalgouverneur v. Beseler übergeben worden ist. Der Provisorische Staatsrat mit dem Kronmarschall von Niemojowski an der Spitze war erschienen, ausserdem waren der Vertreter der deutschen und österreichisch-ungarischen Behörden und des polnischen Hilfskorps anwesend. Generalgouverneur v. Beseler brachte zunächst ein Telegramm Sr. Majestät des Deutschen Kaisers an den Kronmarschall zur Verlesung, das folgenden Wortlaut hat:

Grosses Hauptquartier, 9. April 1917.

Kronmarschall v. Niemojowski,

Warschau.

Euer Hochwohlgeboren

und dem Provisorischen Staatsrat danke ich bestens für die vertrauensvoll an mich gerichtete telegraphische Bitte bezüglich des polnischen Heeres. Im Einvernehmen mit meinem hohen Verbündeten Seiner Majestät dem Kaiser Karl erblicke ich in der Bildung eines polnischen Heeres die wichtigste Grundlage für den Aufbau Ihres Staates und hoffe, dass es binnen kurzem mit

Ihrer tatkräftigen Mitwirkung zum Heil Ihres Vaterlandes aufgestellt werden wird.

Wilhelm I. R.

Darauf erfolgte die Verlesung der Bekanntgabe an den Staatsrat, welche besagt;

1. Das polnische Hilfskorps wird unverzüglich dem Generalgouverneur in Warschau General der Infanterie v. Beseler übergeben, um im Sinne der Vereinbarungen der beiden obersten Heeresleitungen als Stämme für das aufzustellende polnische Heer zu dienen.

2. Das polnische Hilfskorps bildet zunächst in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung den Kader der polnischen Armee. Das Ausscheiden der österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen aus dem polnischen Heere wird Gegenstand späterer Vereinbarungen sein.

Sodann erteilte Exzellenz v. Beseler dem österreichischen Generalgouverneur Feldzeugmeister Kuk das Wort zur Verlesung folgenden Allerhöchsten Befehls Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät:

„An das Kommando des polnischen Hilfskorps!

Ich stelle das polnische Hilfskorps für Zwecke der polnischen Armee, dem mit der Aufstellung derselben betrauten Generalgouverneur von Warschau zur Verfügung. Die Uebergabe erfolgt nach den zwischen den beiden Obersten Heeresleitungen getroffenen Vereinbarungen.

Erweist Euch würdig der grossen, für die Völkergeschichte entscheidenden Zeit, in der das polnische Reich, das Bollwerk abendländischer Religion und Gesittung, zu neuem Leben auferstanden ist. Windet frischen Lorbeer um den ruhmgekrönten polnischen Adler!

Möge Euch die heilige Mutter Gottes von Częstochowa in allen Gefahren beschirmen!

Meine Armee wird Euerer, in vielen gemeinsamen Kämpfen bewährten Tapferkeit, ein treues Gedenken bewahren.

Karl m. p.“

Generalgouverneur v Beseler verlas darauf folgenden Tagesbefehl an das Kommando des polnischen Hilfskorps der unverzüglich sämtlichen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften bekanntgegeben werden soll:

„Auf Grund der Vereinbarungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns scheidet das polnische Hilfskorps mit dem heutigen Tage aus dem österreichisch-ungarischen Heeresverbande aus und tritt unter meinen Befehl, um, dem Wunsche des polnischen Volkes entsprechend, unter Mitwirkung des Provisorischen Staatsrates für das Königreich Polen, den Stamm für die unverzüglich aufzustellende polnische Armee zu bilden.

Polnische Kameraden! Jetzt heisst es zunächst, fern vom Schlachtfelde, in zäher Ausbildungsarbeit Euere Landsleute zu tüchtigen Soldaten heranzubilden, um dadurch Euerem Vaterlande, dem Königreich Polen, ein Kriegswerkzeug in die Hand zu geben, das der ruhmvollen Tradition der polnischen Heere vergangener Zeiten würdig ist.

Ich rechne auf Eueren Gehorsam und Euere Disziplin und begrüsse Euch."

Kronmarschall v. Niemojowski stattete im Namen des Staatsrates den beiden Generalgouverneuren seinen Dank ab, und versicherte, dass der Staatsrat auf der jetzt neu geschaffenen Grundlage bei der Aufstellung des polnischen Heeres mitarbeiten werde.

(Deutsche Warschauer Zeitung.)

Ein Ulanenregiment für die polnische Armee.

„Dziennik Narodowy" vom 9. ds. M. meldet: In einer in Kozienice abgehaltenen Volksversammlung wurde beschlossen, aus dem Kreise Radom ein Ulanenregiment für die polnische Armee aufzustellen.

Die Fortsetzung des Romer'schen Atlas von Polen*).

I.

Das zweite Heft des Romer'schen Atlas von Polen, dessen erstes Heft wir in einer früheren Nummer dieser Zeitschrift besprochen haben, bringt vor allem den physisch-geographischen Teil des Atlas; eine Höhenschichtenkarte, eine geologische und eine pflanzengeographische Karte und vier klimatologische Kärtchen. Ueber diese ganze Kartenserie ist nun natürlich nicht allzuviel zu sagen, was für die Leser einer politischen Zeitschrift von direktem Interesse wäre. Denn zwischen der physischen Geographie und der Politik sind zwar allerdings Beziehungen von ausserordentlicher Wichtigkeit vorhanden; aber sie sind nur selten so unmittelbar und einfach, dass man sie ohne weiteres von einer Uebersichtskarte ablesen könnte. Immerhin geben jedoch teils die Karten selbst, teils die Erläuterungen Prof. v. Romers und seiner Mitarbeiter zu diesen Karten zu einigen Gedankengängen Anlass, welche der Aktualität nicht ganz entbehren.

Eines vor allem tritt bei unbefangener Betrachtung dieser Karten mit aller Deutlichkeit zu Tage: eine natürliche Grenze zwischen Polen und Deutschland ist nicht vorhanden. Die Höhenschichtenkarte zeigt uns, wie das polnische Tiefland, allerdings von Süden, Osten und Norden her in einer in Deutschland nicht vorkommenden Weise von Landrücken eingeengt und beinahe abgeschlossen, sich nach Westen hin unmittelbar in das norddeutsche Tiefland fortsetzt. Nordwärts von dieser charakteristischen, von den breiten sumpfigen Tälern nacheiszeitlicher Urströme durchfurchten Tiefebene kümmert sich weder die Zone der Seenplatten, noch

*) Dr. Eugen v. Romer, Professor der Erdkunde an der Universität in Lemberg: Geographisch-statistischer Atlas von Polen. Unter Mitwirkung mehrerer Fachmänner herausgegeben. Teil II. Warschau und Krakau, Gebethner und Wolff (Erläuterungen polnisch, deutsch, französisch).

die baltische Küstenzone in ihren westöstlichen Streichen um politische oder nationale Grenzen. Im Süden aber reiht sich in deutschen wie in polnischen Landen eine von West nach Ost ziehende Mittelgebirgszone an. Denn das Bergland von Kielce, die Höhen von Lublin und Lemberg, endlich die podolische Platte stellen nichts anderes dar, als ein allmähliges Abklingen des deutschen Mittelgebirges nach Osten hin. Und nicht blos hypsometrische, sondern auch sehr gewichtige geologische Gründe sprechen dafür, den Karpathenbogen als eine Fortsetzung des Alpenbogens aufzufassen; in diesem Falle aber erscheint die grosse galizische Talfurche (obere Weichsel — San — Dnjestr) als ein verschmälertes Abbild der süddeutschen Landschaften beiderseits der oberen Donau. Hier wie dort wird eine relativ flache, wohlbewässerte und fruchtbare Zone dichter Besiedlung im Süden von einer menschenarmen Region hoher Kettengebirge, im Norden von einer Mittelgebirgszone eingerahmt. Aehnliches sagt uns auch die geologische Karte: unter der Hülle des Alluviums und Diluviums, das sich der Autor entfernt denkt, bedecken die nämlichen Neogen-Ablagerungen den Boden des norddeutschen Tieflandes und jenen des polnischen; fremdartige, von den deutschen wesentlich verschiedene Verhältnisse finden sich auch hier erst unweit der Ostgrenze Kongresspolens vor. Und zum drittenmal sagt uns die pflanzengeographische Karte dasselbe: denn auch sie fasst die norddeutsche Tiefebene mit der Tiefebene der polnischen Stammlande zu einem Ganzen zusammen, welches durch die östliche Verbreitungsgrenze der wildwachsenden Eiben von Litauen, Weissruthenien und Polesien geschieden wird. Nehmen wir nun die klimatischen Kärtchen zur Hand, so stellt die Regenkarte zum viertenmal die polnische und norddeutsche Tiefebene als ein Ganzes dar, als eine einheitliche Zone mässiger Feuchtigkeit, in ihrem deutschen Anteil ganz ebenso im Süden und Norden von Zonen grösseren Niederschlagsreichtums umsäumt, ge-

gen die Mittellinie zu aber von ebensolchen Inseln relativer Trockenheit unterbrochen wie in ihrem polnischen Anteil. Die für den deutschen Beobachter fremdartigen Phänomene treten auch hier wieder erst bedeutend weiter im Osten auf, und zwar beiläufig im Meridian von Pińsk. Und die Karte der klimatischen Regionen zeigt uns zum fünftenmal dasselbe: diese Regionen streichen von Westen quer über die Sprachgrenze und über die Staatsgrenze nach Osten hinüber.

In der Tat fasst denn auch Prof. v. Romer selbst (in den Erläuterungen zur Höhenschichtenkarte) ganz ausdrücklich Deutschland und Polen zu einem geographischen Ganzen zusammen. Allerdings gliedert er dieses Ganze in einen deutschen und einen polnischen Teil und schlägt in aphoristischer Weise eine natürliche Grenze zwischen beiden Teilen vor; aber wollten wir diesen aphoristischen Einfall kritisch untersuchen, so würden wir uns genötigt sehen, die vorgeschlagene Naturgrenze noch um ein sehr grosses Stück westwärts zu verschieben, so dass sie allenfalls eine natürliche Scheidelinie zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland darstellen würde, aber als Grenze zwischen Deutschland und Polen weder für die Gegenwart noch für die Vergangenheit zu brauchen wäre. Es bleibt also dabei: *eine natürliche Grenze zwischen Polen und Deutschland ist nicht vorhanden.*

Daraus wird nun aber kein besonnener Denker den Schluss ziehen, da man, wo keine natürliche Grenze vorhanden ist, auch keine politische Grenze gelten lassen dürfe, dass also entweder alles polnische Land deutsch oder alles deutsche Land polnisch werden müsse. Mit nichten! Politische Grenzen sind sehr häufig künstliche Grenzen, ja mehr als das: politische Grenzen sind ihrem Wesen nach eigentlich immer künstliche Grenzen, das heisst von Menschen zu menschlichen Zwecken gezogene Grenzen, auch wenn sie, wie es oft geschieht, mit irgend einem natürlichen Verkehrshindernis zusammenfallen. Wäre es anders, so könnten die hundert

Karten des grossen historischen Atlas von Spruner und Menke durch eine einzige Karte ersetzt werden, welche statt der kaleidoskopisch wechselnden jeweiligen Staatsgrenzen die ein für allemal unabänderlich gegebenen Naturgrenzen darstellen würde. Wir Menschen, und insbesondere wir Kulturmenschen sind eben nicht dazu da, den natürlichen Zustand unserer Umgebung als unabänderliche Schickung hinzunehmen; unsere Bestimmung ist es vielmehr, die Natur unseren Zwecken dienstbar zu machen und, wenn nötig, herzhaft zu korrigieren. Aber bedeutungslos ist dieses Fehlen einer natürlichen Grenze trotzdem nicht; es bedeutet, dass die Grenze zwischen Polen und Deutschland keine isolierende chinesische Mauer sein kann, dass vielmehr Polen und Deutsche auf einen ständigen und innigen gegenseitigen Verkehr angewiesen sind.

Eine zweite Erkenntnis, welche, der Tendenz Prof. v. Romers und einem seiner politischen Lieblingsgedanken entgegen, aus den Blättern seines Atlas mit aller Klarheit hervorleuchtet, ist die, dass die Ukraina ein von Polen scharf unterschiedenes Naturgebiet ist. Dem Kundigen gibt schon die Höhenschichtenkarte einen Vorgeschmack dieser Erkenntnis. Polen wird nach der Ostsee entwässert, die Ukraina nach dem Schwarzen Meer; Polen liegt zwischen einem hohen Gebirgswall im Süden und der Seeküste im Norden, die Ukraina zwischen dem Meer im Südosten und einer Wasserscheide von mässiger Höhe und schwach ausgesprochenem Gebirgscharakter im Nordwesten. Polen liegt den milden Westwinden offen da; die Ukraina ist gegen die Westwinde beinahe hermetisch abgeschlossen, dagegen dem Hereinstürmen der rauhen austrocknenden Ostwinde aus der grossen zentralasiatischen Steppen- und Wüstenregion schutzlos preisgegeben. Auch die geologische Karte zeigt uns in der Ukraina eine Reihe von Erscheinungen, die in Polen fehlen — man denke nur an den riesigen ukrainischen Granitsockel zwischen Dnjepr und Bobr; davon, dass die Ukraina geologisch

als eine Fortsetzung Polens gelten könnte, ist schlechthin keine Rede. Noch deutlicher aber sprechen in dieser Hinsicht die klimatischen Karten; mit aller Schärfe predigen sie den Gegensatz zwischen dem feuchten Waldland Polen und dem trockenen ukrainischen Steppenland mit seinen extrem heissen Sommern. Und wenn die Regenkarte dem grossen ukrainischen Trockengebiet gewisse polnische Gegenden mit ebenso geringer Regenmenge zur Seite stellt, so ist diese Uebereinstimmung nur eine teilweise; die betreffenden polnischen Gegenden sind in Wirklichkeit ungleich feuchter und dem Baumwuchs viel günstiger als die ukrainischen Steppen, da infolge der kühleren Sommer und der weniger heftigen Winde das Regenwasser lange nicht so rasch und ausgibig verdunstet. Es ist somit nur natürlich, dass auch Romer selbst (Tafel III, Karte 4) „die pontische Platte", das heisst eben die Ukraina, als eine besondere klimatische Region aussondert. Ebendasselbe lehrt uns schliesslich auch die pflanzengeographische Karte. Auch hier hebt sich die Ukraina unter dem Namen der „pontischen Region" von dem polnischen Stammlande als ein besonderes, höchst eigenartiges Gebiet ab, wo Fichte und Eibe als Waldbäume nicht vorkommen, wo grossenteils auch die Kiefer, dieser Charakterbaum Polens, gänzlich fehlt, wo im Gegensatz zu den benachbarten südpolnischen Landschaften auch Buche und Tanne fehlen, wo dagegen in den spärlichen Waldbeständen, denen die geschützten Hänge steiler Flussufer eine Zuflucht bieten, fremdartige, halb an Südeuropa und halb an Zentralasien gemahnende Baumformen auftreten.

Immerhin ist jedoch zu betonen, dass die Ukraina als eigenartiges physisch-geographisches Naturgebiet lange nicht so weit nach Norden und Westen reicht als das Verbreitungsgebiet der zur ukrainischen Sprache gerechneten Dialekte. Insbesondere gibt es ein grossenteils von Ruthenen bewohntes Land, das sich in geologischer wie in klimatischer und pflanzengeographischer Hinsicht auf das Innigste an die benachbarten polnischen

Landschaften anschliesst, dagegen in all diesen Beziehungen sich von der Ukraina im physich-geographischen Sinne wesentlich unterscheiden. Ich spreche von Ostgalizien, speziell aber von jenem grösseren Teil Ostgaliziens, der westlich vom Styr und der Złota Lipa liegt. Neben der Sprache eines Teiles der Einwohner ist der Umstand, dass der Dnjestr südostwärts dem Schwarzen Meere zuströmt, so ziemlich das Einzige, was in Ostgalizien diesseits der beiden genannten Flüsse vom polnischen Typus abweicht und mit dem ukrainischen übereinstimmt, Ostgalizien diesseits des Styr und der Złota Lipa gehört demnach, soweit die physische Geographie in Frage kommt, nicht zur Ukraina, sondern zu Polen.

Eine weitere Folgerung aus dem auf Tafel I-IV des Romer'schen Atlas zur Anschauung gebrachten Tatsachenmaterial ist die, dass Litauen, einen sehr grossen Teil Weissrutheniens miteingerechnet, mit Polen ungleich näher verwandt ist als die Ukraina. In geologischer Hinsicht freilich bildet Litauen den Uebergang von Polen zu Grossrussland. Was dagegen die Oberflächengestaltung betrifft, so wird mehr als die Hälfte von Litauen und Weissruthenien nach der Ostsee entwässert, und der Njemen zeigt in seinem Verlauf und der Gliederung seines Flussgebiets starke Analogien mit der Weichsel. Was das Klima anlangt, so stimmt in Bezug auf die Sommertemperatur ganz Litauen, in Bezug auf die Regenmenge der grösste Teil des Landes mit Polen und nicht mit der Ukraina überein. Was endlich die Pflanzenwelt betrifft, so ist Litauen, dessen Name in der altertümlichsten seiner Landessprachen „das feuchte Land“ bedeutet, nicht nur seinem gegenwärtigen Zustand, sondern auch seiner natürlichen Beschaffenheit nach in noch höherem Grade Waldland als Polen; wohl ist seine Flora nordischer und ärmer als die polnische, aber im Ganzen steht sie ihr doch recht nahe, während sie zur ukrainischen Steppenflora im schroffen Gegensatz steht.

Die Loyalität gegenüber dem Schöpfer des Atlas

gebietet mir übrigens festzustellen, dass Romer selbst in Bezug auf das Klima zu einem anderen Schluss gelangt. Trotz aller Verschiedenheiten im einzelnen glaubt er doch für die Gesamtheit der sei es im ethnographischen, sei es im historischen Sinn polnischen Lande ein einheitliches „polnisches Klima" aufstellen zu können. Aber die beiden zu Gunsten dieser These angeführten Argumente beweisen gar zu wenig. Das eine Argument ist, dass selbst im äussersten Osten des alten Polenreichs, nämlich in Kiew, das binnen einem halben Jahrhundert beobachtete absolute Temperaturminimum nur um 0.9° Celsius niedriger ist als in Breslau; das zweite Argument ist, dass in acht über die ganze Fläche Polens und der Nachbarländer verstreuten Städten die absolute Temperaturschwankung nur um 4° differiert. Nun aber versteht man unter dem absoluten Temperaturminimum eines Ortes bekanntlich die tiefste Temperatur, die an dem betreffenden Orte überhaupt irgendeinmal beobachtet wurde. Das absolute Minimum ist demnach ein Rekord, der meist nur ganz selten erreicht wird, vielleicht während eines Zeitraums von dreissig bis fünfzig Jahren nur ein einziges Mal. Nun verfügen wir aber in der Regel überhaupt nicht über längere meteorologische Beobachtungsreihen, als eben über solche von dreissig bis fünfzig Jahren. Somit ist die bisherige Beobachtungszeit überhaupt noch viel zu kurz, um über das absolute Minimum für Kiew oder irgend einen anderen Ort etwas Definitives auszusagen. Im nächsten strengen Winter kann der Rekord geschlagen werden. Da nun ferner die für die absoluten Temperaturschwankungen der einzelnen Orte angesetzten Ziffern auf nichts anderes basiert sind, als auf die Vergleichung der absoluten Minima mit den ganz ebenso gearteten absoluten Maxima, so folgt daraus, dass auch über die absoluten Schwankungen erst nach Jahrhunderten etwas halbwegs Definitives bekannt sein wird. Aber auch wenn wir diese Jahrhunderte schon hinter uns hätten, so wären doch die absoluten Minima und Maxima biologisch zu

bedeutungslos, um für die Einteilung der Erdoberfläche in Klimazonen entscheidend zu sein. Gesetzt den Fall (und der Fall ist wahrscheinlich genug), dass an einem gegebenen Orte das absolute Minimum binnen achtzig Jahren nur einmal wiederkehrt, so kann an diesem Orte ein Mann geboren werden, aufwachsen, heiraten, Kinder und Enkel grossziehen und nach Erreichung des biblischen Alters sterben, ohne das absolute Minimum jemals am eigenen Leibe gespürt zu haben. Und was für den Menschen selbst gilt, das gilt erst recht für seine Nutztiere und Nutzpflanzen, die ja beide, mit Ausnahme der Bäume, in der Regel viel kurzlebiger sind als der Mensch und sich durchweg viel rascher fortpflanzen. Man denke nur, wieviel glückliche Ernten der Landmann einheimsen kann, bevor das absolute Minimum ein einziges Mal die Saat erfrieren, oder das absolute Maximum sie verdorren macht! Wenn nun aber selbst ein so gediegener Kenner, wie Prof. von Romer, zu Gunsten der klimatischen Zusammengehörigkeit Polens und der Ukraina keine besseren Argumente anzuführen weiss als diese beiden, so beweist dies, dass es eben keine besseren gibt. In der Tat dürfte sich die Aufstellung eines polnischen Klimas nur dann wissenschaftlich begründen lassen, wenn man nach dem Vorgang des französischen Geographen Emanuel de Martonne einerseits einen grossen Teil Deutschlands dem polnischen Klimatypus zurechnet, anderseits aber dem polnischen Klima ein besonderes ukrainisches Klima zur Seite stellt. (Schluss folgt.)

Krakau. Dr. phil. W. Gumplowicz.

Nach der russischen Revolution.

Der Rat der Arbeiter- und Soldatendelegierten zur polnischen Frage.

Der in Russland erscheinende „Dziennik Polski“ berichtet unter dem 23. März ds. J., dass der Rat der Arbeiter- und Soldatendelegierten auf der gestrigen

Sitzung den Aufruf des Polnischen Demokratischen Komitees beraten und darauf beschlossen hat, gleichfalls einen Aufruf zu erlassen, in dem er sich für die unabhängige und demokratische polnische Republik ausspricht. Der Rat wird höchstwahrscheinlich ein Radiotelegramm aussenden mit einer Begrüssung des künftigen unabhängigen Polens. Das Telegramm wird in einer sehr feierlichen Form abgefasst sein und mit den Worten beginnen: „Wir machen es Allen und allüberall kund . . .“.

Zwei Aufsätze zur polnischen Frage.

Die „Birschewyja Wjedomosti“ veröffentlichten einen Aufsatz des Generals Babjański, in dem wir folgendes lesen: „In demselben Taurischen Palais hat Katharina II. mitsamt ihrer Kamarilla eine schändliche Tat vollbracht; sie hat Polen der Freiheit beraubt. Heute tagt hier auf den Trümmern der alten Regierung die neue Regierung, die die Sünde Katharinas wieder gutmachen und die Rechte Polens auf ein unabhängiges Dasein anerkennen wird.“

In der „Russkaja Wolja“ hat ein Pole einen Artikel veröffentlicht, worin er behauptet, dass jetzt sogar Piłsudski und die „preussischen Landsknechte“ in den Legionen gegen die revolutionäre russische Armee nicht mehr kämpfen werden. In der Versammlung des polnischen Vereins „Ognisko“ wurde am 22. März ds. J. einstimmig ein Protest gegen diesen Aufsatz beschlossen

Die Befreiung der polnischen, politischen Gefangenen in Moskau.

Der Berichterstatter des „Echo Polskie“ veröffentlicht in der Ausgabe dieser Zeitung vom 18. März seine Eindrücke anlässlich der Befreiung der polnischen, politischen Gefangenen in Moskau:

„Seltsame Empfindungen sind es, die mich beim Durchblättern der Verzeichnisse der durch die Revolution befreiten polnischen politischen Gefangenen überkommen. In einer langen Reihe ziehen hunderte von

Jahren Gefängnisstrafe vorüber, die für politische Vergehen zuerkannt worden sind. Vor meinen Augen stehen die unsäglichen Leiden und Marter, die diese Menschen im Kampf gegen die Herrschaft der Gewalt und der Unterdrückung durchgemacht haben.

Heute können sie den Triumph der Freiheit erblicken, sie können sehen, wie unter Verwünschungen des Volkes, Militär und Miliz diejenigen führen, die noch vor kurzem Unterdrücker waren. Mancher der Befreiten wird auch unter den gehassten Geheimagenten und Gendarmen seinen Verfolger erkennen und wird mit Schaudern der Zeit gedenken, wo er der Niedertracht und der stumpfen Brutalität ausgeliefert war.

Ich lese die Namen der Gefangenen, mit denen so viele Prozesse, so viel Märtyrologie verbunden ist.

Piotr Jagodziński, 27 Jahre alt, Schriftsetzer, Mitglied der P. P. S., für ein Attentat gegen Skałłon zum Tode verurteilt und zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt; war im Gefängnis 10 Jahre und 2 Monate.

Zofja Owczarek, 30 Jahre alt, Mitglied der P. P. S., für ein Attentat gegen Skałłon zum Tode verurteilt und zur lebenslänglichen Zwangsarbeit begnadigt; war im Gefängnis rund 9 Jahre. Da sie ohne Kontakt mit Landsleuten war, hat sie die polnische Sprache fast vergessen, bis sie mit verschiedenen, während der Kriegszeit evakuierten Polinnen in Berührung kam, wie Frl. Chłopicka, Frl. Popławska und anderen.

Nikolaus Marszan, Student, durch das Tomsker Kriegsgericht zum Tode verurteilt und im Jahre 1907 zur Zwangsarbeit begnadigt.

Bzowski, Litwiński, Banaczkowski, Wosko, Mitglieder der P. P. S., zum Tode verurteilt und zur Zwangsarbeit begnadigt.

Józef Dzierżyński, Mitglied der S. D., verurteilt zuerst zu 6 Jahren Gefängnis und später zusätzlich für einen Fluchtversuch zu weiteren 3 Jahren; war im Gefängnis bisher 5 Jahre.

So ziehen sich die Namen in einer langen Reihe

hin. Wieviel menschliche Leiden enthalten diese trockenen Buchstaben.

Ich wende mich um Informationen an das Patronat des polnischen Komitees. Frau Czerlunkiewiczowa, die zu dem Kreis der Fürsorgedamen für die polnischen Gefangenen gehört, erteilt mir dieselben.

Das Polnische Patronat wirkt gemeinsam mit der städtischen Hilfsorganisation für die politischen Gefangenen. Bisher sind etwa 150 Polen in Moskau freigelassen worden. 46 wurden in dem Asyl des Polnischen Komitees in Marjina Roschtscha untergebracht, die weiteren befinden sich vorübergehend in den russischen Asylen, Lazaretten und im Lokal der vegetarischen Küche. Die Befreiten stammen hauptsächlich aus den Gefängnissen Butyrka und Taganka.

Die am ersten Abend Befreiten wurden zuerst zum Stadtrat geführt, wo sie übernachteten; später wurden sie, wie es ging, untergebracht. Die ersten Befreiungen geschahen ziemlich chaotisch, jetzt hat diese Angelegenheit eine besondere Kommission übernommen, die auch die Rechtsnormen der weiteren Befreiungen regelt.

Das Polnische Komitee hat sich der befreiten Landsleute sehr warm angenommen und hat sie besonders mit der notwendigen Kleidung versehen. Die Gefangenen traten in der Regel in die Freiheit, so wie sie die Freudennachricht angetroffen hat. Viele wollten dieser Nachricht anfangs gar nicht trauen, später eilten sie auf die Strasse und vergassen sogar ihre Sachen mitzunehmen.

Polnische Sozialisten gegen die provisorische Regierung.

Die sozialdemokratischen Blätter der Schweiz veröffentlichen den Aufruf der auswärtigen Vertretung des Gesamtausschusses der polnischen sozialistischen Partei an das revolutionäre Proletariat Russlands. Der Aufruf erhebt, nach der B. Z. Einspruch gegen den Versuch der vorläufigen russischen Regierung, „die Revolution vor den Kriegskarren zu spannen“, und gegen

das „frivole Spiel, das im Interesse kriegerisch-imperialistischer Demagogie mit Polen getrieben wird". Die neue russische Regierung sei lediglich Erbin und Vollstreckerin des Zarismus. Der Krieg solle weiter dauern, damit unter „dem Vorwand der Befreiung Polens die territoriale, militärische Basis der russischen Macht bis zu dem Karpathenwall und an die Oder erweitert werde". Das Hauptziel sei aber nicht etwa Eroberung und Vereinigung aller polnischen Länder, sondern seien die türkischen Meerengen. Polen sei ein demagogisches Blendwerk. Dann heisst es: „Hinter dem Rücken Miljukows und Gutschkows stehen Buchanan und Lloyd George, steht der gewaltige britische Imperialismus, welcher der eigentliche Diktator der ganzen Entente geworden ist. Die vorläufige Regierung, die ihr Enstehen der Revolution verdankt, legt den Treuschwur den Alliierten des Zarismus ab, nicht dem englischen und französischen Volk, sondern den imperialistischen Regierungen Englands und Frankreichs. Schuldner des französisch-englischen Kapitals, werden sie auch morgen auf seine vermehrte Beihilfe angewiesen sein. Auf den Feldern Litauens, Wohlhyniens und der Bukowina, gleichwie in den Bergen Armeniens und in Persien ist der russische Soldat verurteilt, für die Befestigung und Vermehrung der britischen Weltmacht, für ihre Beherrschung Afrikas, für die Besitzergreifung Mesopotamiens und Arabiens durch England weiterzukämpfen.

Die Verheissungen der vorläufigen Regierung, ein geeinigtes unabhängiges Polen mit dem Schwert zu erkämpfen, sei, heist es weiter, eine hohle Prahlerei. Die Erfahrungen dreier Jahre hätten die Unmöglichkeit dargetan, die Wehrmacht der Mittelmächte zu zerschmettern. Sollte aber das Unwahrscheinliche zur Wirklichkeit werden, so würde „Polen vollends zu einem ungeheuren blutdurchtränkten Trümmerhaufen". Der Aufruf schliesst mit dem erneuten Einspruch, das russische und polnische Volk für englisch-russischen Imperialismus verbluten zu lassen

Pressestimmen.

Deutsche Presse.

In der Fortsetzung seiner Betrachtungen über Polen befasst sich Friedrich Naumann in der „Hilfe" mit der Frage der allmählichen Ausdehnung der polnischen Selbständigkeit in den Grenzen der gegenwärtigen Verwaltung. Am meisten wird über Schule und Justiz gesprochen. Was die Justizverwaltung anbelangt, betrachtet sich Abg. Naumann als zu wenig Fachmann, um näher auf diesen Stoff einzugehen. Eingehender werden die Schulfragen besprochen. „Das erste, was die Deutschen nach der Okkupation in Warschau taten, war die Errichtung einer polnischen Universität, die gute Arbeit leistet. Von da an warfen sich die Schulmänner der Okkupationsverwaltung mit Hingebung auf die neue pädagogische Provinz an der Weichsel und arbeiteten an der Volkserziehung, als ob sie immer hier bleiben sollten. Das wird sicher in der Zukunft seine guten Früchte tragen, zunächst aber erwächst mit diesem vortrefflichen deutschen Fleisse eine gewisse polnische Rivalität. Der Zukunftsstaat sagt zum Okkupationsstaat: warum müsst ihr uns denn auch dieses Stück unseres Lebens aus den Händen nehmen? Warum? Fast möchte ich antworten: weil diese Arbeit die pädagogischen Deutschen so interessiert, dass sie froh sind, mitten im Krieg in Uniform irgendwo Schulen dirigieren zu können. Aber das ist kein politischer Grund.

„Was die Schule politisch für eine werdende Nationalität bedeutet, können wir heutigen Deutschen, die wir mit Schulen umpflanzt sind, nur dann ahnen, wenn wir uns in die Literatur unserer eigenen Vergangenheit zurückversetzen. Als Deutschland nahe daran war, das Schicksal Polens zu erleiden und seine politische Existenz zu verlieren, noch ehe man etwas vom Sturze Napoleons ahnen konnte, sprach Fichte in seinen Reden an die deutsche Nation von nichts so genau als von den nationalen Schulen, die die Neuschaffung der Menschen bewirken sollen. Schulen sollen erste Heimaten der späteren Kräfte sein, für die die Väter ihr letztes hergeben. Von der Schule wird eine Ueberwindung des Parteigeistes erwartet, eine Hebung der Landwirtschaft, eine Erhöhung der Rentabilitäten, eine Lösung der Judenfrage, eine Einreihung in die Versammlung der alten Kulturnationen. Schule gilt als Zaubertrank des kommenden Tages. Darin mag etliches etwas zu hoffnungsfreudig sein, aber sicher ist, nächst dem Heere wird in der nächsten Periode nichts in Polen so geliebt und gepflegt werden wie die Schule.

„Dabei ist auf diesem Gebiete von antideutscher Stimmung kaum zu reden, weil hier die Vorbildlichkeit der Deutschen überall und gern anerkannt wird. Man will auch von den Deutschen lernen, aber man will es selber machen. — Was also hindert, den Zukunfts-

staat heute oder morgen zum Schulstaat werden zu lassen?

„Nichts hindert als die Schwierigkeit, die Nationalitätenfragen im künftigen Königreich schon jetzt zu formulieren. Ihnen müssen wir uns darum zuwenden."

Ferner werden die Nationalitätenfragen erörtert; der Verfasser würde am liebsten hören, dass der polnische Staatsrat von sich aus ein Grundgesetz mit Minoritätenschutz als polnischen Entwurf hervorbringt. Am verwickelsten ist die Judenfrage.

„Was die Juden selbst betrifft, so sind unter ihnen sehr entgegengesetzte Meinungen vertreten. Es gibt Juden, die aus Selbsterhaltungstrieb eine besondere Nation oder Volksgruppe bleiben wollen und ihr eigenes Minoritätsrecht verlangen: Kuriensystem auf Grund des Katasters der jüdischen Gemeinden mit möglichst grosser (jüddischer) Selbstverwaltung, und es gibt andererseits Juden, die das Sonderleben je schneller, desto besser aufgeben und Polen werden wollen. Die entsprechende doppelte Auffassung findet sich dann mit gewissen Unterschieden in der Begründung bei den Polen.

„Diejenigen polnischen Herren, mit denen ich über diese Sache geredet habe, wünschen alle keinen Antisemitismus, aber sie fürchten, dass entweder die eine oder die andere Methode zu Antisemitismus führen könne. Ein Vorschlag geht dahin, es durch Statut den Juden selbst zu überlassen, ob und wie lange sie sich zur Judenkurie zählen wollen. Wer Pole sein will, könne es werden. Das scheint gewisse Vorzüge zu haben, gibt aber Anlass zu dauernden Gegensätzen zwischen Altjuden und Assimilationsjuden.

„Es würde für Polen und Juden eine Erleichterung der Staatsgründung sein, wenn in Uebereinstimmung von deutscher Verwaltung und Staatsrat eine grundsätzliche Regelung eintreten könnte, ehe die Wahlen zum ersten gesetzgebenden Parlament ausgeschrieben werden. Es würde auch das internationale Auftreten des neuen Staates befördern, wenn er nicht sofort mit Judendebatten seine Bürgerrechte formulieren könnte. Noch aber ist die Form nicht gefunden. Polen will in keiner Weise ein zweites Rumänien sein, will liberal arbeiten, weiss nur noch nicht recht, wie es staatstechnisch zu machen ist."

Schliesslich erörtert Naumann die Frage der Monarchie. „Ebenso wie Bulgarien ohne König Ferdinand nie zur Staatsfestigkeit gelangt wäre, wird Polen einen ähnlichen Mittelpunkt brauchen, weil es sonst an seinen eigenen inneren Gegensätzen ein zweitesmal zugrunde geht. Auch solche Glieder des polnischen Volkes, die ihrer politischen Theorie nach Republikaner sein möchten, werden sich dieser praktischen Einsicht nicht verschliessen.

„Man darf sich nicht vorstellen, dass die künftige parlamentarische Politik dieses Landes ohne Leidenschaften sein wird. Die Parteien werden sich gegenseitig bekämpfen und abwechselnd stürzen. Das gehört zum dialektischen Prozesse des Fortschritts, zur

Ausbalancierung der vorhandenen Bestrebungen. Mag es im einzelnen peinlich und störend sein, so ist es doch eben unvermeidlich und notwendig. Aber eine Stelle muss gefunden werden, die ein ruhiges, letztes Wort zu sprechen in der Lage ist und die über allen Parteienwechsel hinweg die Politik nach aussen hin vertritt, Staatsverträge schliesst und garantiert. Ja, man wird nicht fehlgreifen, wenn man annimmt, dass die schmerzlichen historischen Erfahrungen, die Polen in den vergangenen Jahrhunderten mit seinen Wahlkönigen gemacht hat, eine heilsame Lehre für den neuen Staat bleiben werden. Mit einem blossen schattenhaften Scheinkönigtum ist hier nicht geholfen; das ist vielleicht etwas für wohlgeordnete, altbefestigte Staaten, deren Betrieb sich nach erworbenen Traditionen regelt, aber nichts für Gründungszeiten. Dabei kommt es weniger darauf an, welche Sätze über die monarchische Macht in der geschriebenen Verfassung stehen, als darauf, dass bei aller Freiheit der Volksvertretung tatsächlich ein unveränderlicher Zentralpunkt aufgerichtet wird, das Bleibende in der Erscheinungen Flucht. Polen braucht eine Dynastie auf konstitutioneller Grundlage.

„Wer wird König werden? Eine Lebensfrage!

„Fast alle Polen, mit denen ich über diesen Punkt geredet habe, sagen, dass es leider kein Pole werden kann, weil es kein Geschlecht gibt, dass offensichtlich für diese Aufgabe geboren ist. Man braucht einen Mann, der Katholik ist, der fürstliche Beziehungen mitbringt, der bereit ist, den Polen ein Pole zu werden und den die Grossmächte anerkennen. Wenn einmal die Okkupation schliesst, soll der König da sein. Dann hält er seinen Umzug durch dies weite Land, und die Vertreter der Dörfer küssen ihm die Hand, die neuen Eide werden geschworen, und das Staatsschiff fährt unter dem neuen Kapitän hinaus ins bewegte Meer der künftigen Weltgeschichte."

✷✷✷✷ Vom Büchertisch. ✷✷✷✷

Dr. Jan Dąbrowski: Die Polenfrage in Ungarn 1914—1916; Piotrków 1917. Verlag der „Polnischen Nachrichten" (polnisch). —

Je länger der Krieg dauert, je mehr wir uns dem Frieden nähern, desto stärker wird das Verlangen nach einer objektiven Wertung der fluchtartig sich ablösenden kriegerischen und politischen Erscheinungen, die wir doch selbst miterleben, die aber richtig zu deuten, aus Mangel an historischer Perspektive nicht leicht fällt. Wer beispielsweise über das politische Phänomen der Polenfrage schon jetzt ein abschliessendes Urteil abzugeben sich zutraute, der müsste sich den Vorwurf der politischen Kurzsichtigkeit gefallen lassen und Gefahr laufen, in der allernächsten Zukunft seinen Ideengang durch unvorhergesehene Ereignisse umgestossen zu sehen.

Und doch gehört die Polenfrage zu jenen Problemen, die der Krieg, wenn auch nicht in allen Einzelheiten, so doch in den Hauptumrissen bereits gelöst zu haben scheint! Das Werten der Tatsachen ist aber eine logische und psychologische Notwendigkeit, und es wäre misslich, diesem natürlichen Drange der menschlichen Seele durch den Hinweis auf die Unvollständigkeit und Veränderlichkeit des zu bewertenden Tatsachenmaterials Einhalt tun zu wollen.

Unter diesem Gesichtswinkel ist die Arbeit des Dr. Jan Dąbrowski, über die „polnische Frage in Ungarn in den Jahren 1914—16“ zu beurteilen. Nicht mit einer kat' exochen historischen Arbeit haben wir es hier zu tun, sondern vielmehr mit einer die polnisch-ungarischen Verhältnisse während der ersten zwei Kriegsjahre betreffenden Materialiensammlung, — mit einer historischen Vorstudie, die dem späteren Geschichtsschreiber durch genaues und kenntnisreiches Sichten des Materials die Wege zu einem syntethischen Urteil zu ebnen hat. Und für eine derartige Arbeit hat Dr. Dąbrowski die besten Vorbedingungen. Als Kenner der ungarischen Sprache (Dr. Dąbrowski ist Lektor der ungarischen Sprache an der Krakauer Universität), der politischen Verhältnisse und der führenden Persönlichkeiten Ungarns (Dr. Dąbrowski weilte längere Zeit in Budapest als Vertreter des Obersten Polnischen Nationalkomitees, endlich als Historiker von Beruf verstand es Dr. Dąbrowski aus der Fülle von Reden, Resolutionen, Aufrufen, Pressstimmen und drgl. das politisch und historisch Bedeutsamste herauszuschälen und der Materialiensammlung, die die zweite Hälfte seines Buches füllt, einzuverleiben. Dass hier ein Zuviel nicht minder schädlich und irreführend ist, wie ein Zuwenig, ist klar. Dass aber Dr. Dąbrowski die goldene Mitte einzuhalten wusste, wird nur der zu würdigen im Stande sein, der sich die Mühe genommen hat, gerade diesen Teil seiner Arbeit einer kritischen Durchsicht zu unterziehen.

Es wird vielleicht Wunder nehmen, dass ich den zweiten Teil der Arbeit Dąbrowskis zum Ausgangspunkt meiner Besprechung gewählt habe. Dies hat seinen guten Grund. Der kritische Sinn, den der Verfasser bei der Sichtung des historischen Materials gezeigt hat, kommt zwar auch im ersten, rein erzählenden Teil seines Buches zum Vorschein, doch kann man sich beim Lesen dieses Teiles des Eindruckes nicht erwehren, dass der Sammler den Historiker gar oft verdrängt hat. Ob wir es hier mit einem Strukturfehler oder mit der Absicht des Verfassers zu tun haben, manchen Lesern das Studium der Materialien zu ersparen, lasse ich dahingestellt. Sicher ist, dass der Berufshistoriker dem zweiten Teile der Arbeit Dąbrowskis den Vorzug geben wird, während der Politiker und Publizist, dessen Sinn mehr auf das Aktuelle gerichtet ist, in den Abschnitten des ersten Teiles — Polen und Ungarn im 19. Jahrhunderte (S. 7—22), die Polenfrage in Ungarn während des Krieges (S. 28—62), Polen

und Ungarn (S. 63—76), manch' beherzigende Winke für die Zukunft finden wird.

Und nur zu sehr natürlich ist es, dass der Verfasser in erster Linie die Zukunft Polens sichergestellt haben möchte. Die Gewähr hierfür sieht er in einem engen Zusammengehen Polens mit Ungarn, dessen Interessen sich doch bekanntermassen seit jeher mit den polnischen decken. Wer nur oberflächlich das gegenseitige Verhältnis der Polen und Ungarn im Laufe ihrer Jahrhunderte langen Geschichte verfolgt hat, weiss, dass die Ungarn die einzigen unmittelbaren Nachbarn sind, mit denen die Polen keinen Kampf auf Leben und Tod zu führen hatten. Dass hierbei sowohl natürliche, als auch politische Bedingungen ausschlaggebend waren, wer wollte es leugnen. Der Karpathenwall trennt beide Völker, und während der Lauf der Weichsel die Polen an das baltische Meer weist, muss Ungarn einen Zugang zum adriatischen Meer offen haben. Während Polens nationale und staatliche Expansion nach Osten gerichtet ist, bleibt die Balkanhalbinsel die natürliche Expansionsdomäne Ungarns. Sowohl die Polen, als auch die Ungarn sind auf ihren historischen Territorien die einzigen, die eine soziale Struktur (eine Adels-, Intelligenz- und Bürgerschicht) aufweisen und ein staatserhaltendes Element bilden. Dies alles schliesst Interessengegensätze aus, und fördert eine Interessengemeinschaft, die im 19. Jahrhundert während der polnischen und ungarischen Aufstände, bei der Regelung der österreichisch-ungarischen und österreichisch-polnischen Angelegenheiten in den Jahren 1867—69, am deutlichsten aber im jetzigen Kriege, zutage trat. Das Verständnis für diese Interessengemeinschaft war es, das die Ungarn das polnische Problem im Sinne der polnischen Wünsche und des polnischen Staatsgedankens zu lösen anspornte und das sie bewog mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln — durch Komitatsbeschlüsse, durch eine intensive Presstätigkeit und parlamentarische Debatten — das grösste Unglück, das nicht bloss Polen, sondern auch Ungarn hätte treffen können, d. i. eine abermalige Teilung Polens, abzuwenden. Und wenn auch der Akt des 5. November nicht die idealste Form der Lösung der Polenfrage darstellt, so ist doch nicht zu leugnen, dass an dessen Zustandekommen die ungarische Nation tätigen und erfolgreichen Anteil nahm und dass nach der Meinung der überwiegenden Mehrheit des polnischen Volkes diese Lösung keineswegs als eine endgültige zu betrachten ist.

Fragt man aber, worin eigentlich diese polnisch-ungarischen Interessengemeinschaft zu suchen ist, so genügt es auf das Gespenst der russischen Gefahr hinzuweisen, die Ungarn in bedrohlicher Nähe zu spüren bekam und die zu bannen die zweite „eiserne“ Brigade der polnischen Legionen energisch mithalf. — Dass der Panslavismus für Ungarn eine Lebensgefahr bedeutet, hat der jetzige Krieg zur Genüge erwiesen. Da es aber keineswegs im Interesse der

Ungarn liegt, slavische, z. B. serbische Territorien der ungarischen Krone einzuverleiben, andererseits aber ein territorialer Kräftezuwachs für die Monarchie unentbehrlich ist, so ist es ein Gebot der Staatsraison ein unabhängiges Polenreich, das in einem näher noch zu bestimmenden Verhältnis zur Habsburgermonarchie zu stehen hätte, zu schaffen, wodurch ein für allemal Mitteleuropa vom russischen Gespenst befreit werden könnte. Wollte man aber ökonomische Rücksichten geltend machen und behaupten, dass zwischen Ungarn und einem unabhängigen Polen, also zwischen zwei Agrarstaaten naturnotwendig Reibungsflächen sich herausbilden müssen, so genügt es darauf hinzuweisen, dass gerade Kongresspolen ein vorzügliches Absatzgebiet für ungarische Agrarprodukte darstellt, da die heimische Agrarproduktion den Bedarf Kongresspolens nicht mehr deckt. Es kann aber auch von einer polnisch-ungarischen Konkurrenz auf industriellem Gebiete keine Rede sein. Im Gegenteil! Polen und Ungarn werden ihre sich erst allmählich entwickelnde Industrie durch eine gemeinsame Zollpolitik gegen die österreichische, böhmische und deutsche Industrie schützen müssen. Bedenkt man endlich, dass Polen den Ungarn Kohle und Petroleum, woran es letzteren am meisten mangelt, abzugeben in der Lage ist, so ersieht man, dass der gegenseitige Güteraustausch, dass die ökonomischen Bande die politische Interessengemeinschaft zwischen Ungarn und Polen nur noch enger zu knüpfen vermag.

So ungefähr stellt sich der Verfasser das künftige Verhältnis zwischen einem unabhängigen Polen und dem ungarischen Staate vor. Dass ich vollständig den Inhalt des ersten Teiles nicht wiedergeben wollte, ist wohl leicht zu verstehen. Den Politikern und Publizisten soll mit der Besprechung des obzitierten Buches gedient sein. Für historische Erörterungen — und mögen sie noch so interessant sein — ist jetzt weder Zeit noch Platz. Dass aber die Arbeit Dr. Dąbrowskis, trotz ihres historischen Charakters viele aktuellen Fragen streift und zum Nachdenken anregt, wird man in unserer nur auf das Aktuelle gerichteten Zeit, eher als Licht- denn als Schattenseite ansehen müssen. Sowohl der praktische Politiker als auch der Publizist wird viel Wissenswertes dem Buche Dąbrowskis entnehmen können. Dr. Edmund Parnes.

NOTIZEN.

Politisches.

Die Rechtspflege und das Schulwesen — polnisch. Die Warschauer Zeitung vom 14. d. M. meldet: Der Herr Generalgouverneur empfing heute den Geschäftsführenden Ausschuss des Provisorischen Staatsrats im Königreich Polen zur Entgegennahme verschiedener die Organisation des Staates betreffender Wünsche.

Der Herr Generalgouverneur betonte in seiner Erwiderung die Wichtigkeit der Bildung eines polnischen Heeres im Anschluss an die jetzt von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Apostolischen König von Ungarn hierzu Polen zur Verfügung gestellten polnischen Legionen, die nunmehr den Stamm für das künftige polnische Heer bedeuten. Ausserdem sagte der Generalgouverneur, insoweit seine Kompetenz reiche, die Berücksichtigung der wesentlichsten vorgetragenen Wünsche insofern zu, als er seine Bereitwilligkeit erklärte, die Rechtspflege und das Schulwesen im polnischen Staat nach sofort einzuleitenden Vereinbarungen der Leitung und Fürsorge des Provisorischen Staatsrats zu übergeben.

Zur Sonderstellung Galiziens. Die parlamentarische Kommission des Polenklubs hat unter Vorsitz des Obmannes Dr. Ritter v. Biliński und in Anwesenheit der Reichsratsabgeordneten Abrahamowicz, Daszyński, Diamand, Głombiński, Halban, Kendzior, Lasocki, Löwenstein, Leo, Steinhaus und Stesłowicz, des Herrenhausmitgliedes Gołóchowski und des Ministers Bobrzyński Donnerstag den 5. d. M. die Beratungen über das Elaborat, betreffend die Sonderstellung Galiziens, zum Abschlusse gebracht. Es wurde eine Debatte abgeführt, in welcher die Ergebnisse der Beratungen resumiert und die taktischen Richtlinien für die weitere Aktion bestimmt wurden. Dabei ist man übereingekommen, dass die Mitglieder der parlamentarischen Kommission vom 13. d. M. angefangen in Wien versammelt bleiben sollen, um erforderlichenfalls jederzeit zu Beratungen zusammentreten zu können. Den „Polnischen Nachrichten" wird mitgeteilt: Als endgültiges Ergebnis der im Polenklub seit Mitte Dezember vorigen Jahres andauernden Erörterung der Sonderstellungsfrage wird die einmütige Erkenntnis bezeichnet, dass als Korrelat der Erweiterung der politischen Landesautonomie die Gewährung einer solchen wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit gilt, welche die kulturelle Entwicklung des Landes im finanziellen und wirtschaftlichen Interresse des Staates gewährleisten würde. Dieser Gesichtspunkt ist für die Beurteilung der Frage der Sonderstellung für den Polenklub allein massgebend. Laut den letzten Meldungen hat die Frage der Sonderstellung Galiziens, im Zusammenhang mit der inneren Neuordnung in Oesterreich zu einer Ministerkrise geführt; der Minister für Galizien Dr. Bobrzyński hat um Enthebung gebeten.

Die Bevölkerung im Königreich Polen. Die Bevölkerungszahl im General-Gouvernement Warschau beträgt gegenwärtig rund 7500000. Im General-Gouvernement Lublin ergab die am 15. November vorigen Jahres durchgeführte Volkszählung rund 3500000 Personen der Zivilbevölkerung. Die Gesamtzahl der Bevölkerung beider Okkupationsgebiete beträgt demnach 11 Millionen.

Verwaltung.

Verwaltungskurse für Beamte in Lublin. Das Militär-General-Gouvernement in Lublin hat einen dreimonatlichen Kursus zur Ausbildung mittlerer Verwaltungsbeamten eingerichtet.

Der Kursus findet in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli 1917 statt. Die Kandidaten haben folgende Aufnahmebedingungen zu erfüllen: Staatsangehörigkeit im Königreich Polen (Bescheinigung der Gemeinde), spätestes Alter 35 Jahre (Geburtsurkunde), Abgangsattest einer mittleren oder Handelsschule (Schulattest), Unbescholtenheit (Bescheinigung der Gemeinde), Verpflichtungen zum Abschlussexamen.

Anmeldungen ohne Stempelgebühr können vom 15. April ab direkt an das Militär-General-Gouvernement Lublin gerichtet werden. Alle erforderlichen Dokumente und ein eigenhändig geschriebener Lebenslauf sind beizufügen. Ein ausführliches Programm wird in den Zeitungen bekannt gegeben werden.

Büchereinlauf.

Erich Wunderlich: Dritter Tätigkeitsbericht der Landeskundlichen Kommission im General-Gouvernement Warschau für die Zeit vom Oktober 1916 bis Anfang Januar 1917. Sonderabdruck aus der Zeitschrift der Ges. f. Erdkunde in Berlin. — St. Przybyszewski: Powrót. Kraków, Centralne Biuro wydawnictw N. K. N. — Stanislaus Smolka: Les Ruthénes et les problémes religieux du monde russien. Bern, Ferdinand Wyto. — Biblioteczka legionisty. St. Ks. Jabłonowski: Wspomnienia o bateryi pozycyjnej artyleryi konnej gwardyi królewsko-polskiej; Dezydery Chłapowski: Wojna w 1807 r. Kraków, Centralne Biuro wydawnictw N. K. N. — Dr. phil. Franciszka Baumgarten: Die Lüge bei Kindern und Jugendlichen. Leipzig, Verlag von Johann Ambrosius Barth. — Zygmunt Kisielewski: Krwawe drogi. Kraków, Centralne Biuro wydawnictw N. K. N. — Rudolf Rotheit: Kernworte des Weltkrieges. Berlin, Ullstein & Co. — Józef Andrzej Teslar: Rytmy wojenne. Kraków, Centralne Biuro wydawnictw N. K. N. — Unsere Friedensfrage. Von einem Zionisten. Wien, Moriah-Verlag. — Józef Relidzyński: Laury i ciernie. Kraków, Centralne Biuro wydawnictw N. K. N. — Dr. theol. Felix Haase: Die katholische Kirche Polens. Breslau, Verlag der Schlesischen Volkszeitung.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr. 42.